Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich mit Ausnahme nach Sonn- und Festtagen ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
(nur Wochentags)
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 462. **Mittwoch** den 25. September 1895. **89. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Aufforderung.

In der Nacht vom 15. zum 16. September 1895 ist zu Tahrenstedt, Kreis Stendal, der Ackermann Hermann Vinzelberg daselbst durch einen Stich mit einem messerartigen Instrument in den Hals ermordet worden. Ueber die Persönlichkeit des Mörders fehlt bis jetzt jede Spur. An Jeden, welcher über die Mordthat Aufschluß geben kann, ergeht, damit die ruchlose That nicht ungesühnt bleibt, die dringende Aufforderung, die Mittheilung entweder an die Königliche Staatsanwaltschaft hier zu den Acten II. J. 742/95 oder an die nächste Polizeibehörde zu richten.

Wer die Person des Mörders nachweist, erhält eine Belohnung von 300 Mark.

Stendal, den 23. September 1895.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Quittung.

50 Mark in der Klagsache des Herrn Otto Schumann (Central-Hotel) gegen Herrn Director Herbold als Sühne von dem Letzteren durch den königl. Friedensrichter Herrn W. A. Vogel für die städt. Armenanstalten empfangen zu haben, bescheinigt hiermit

Leipzig, den 24. September 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Freitag, den 27. September 1895, Nachmittags 6 Uhr in deren Sitzungssaal, Neue Börse, Tr. A, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Berichte des Verfassungs- und Wahl-Ausschusses über Beschickung der **Handelsschul-Conferenz** in Braunschweig.
3. Bericht des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses über die Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern, Gesuche um Aenderung des **Patentgesetzes** inbezug auf die Vorprüfung betr.
4. Berichte des Verkehrs-Ausschusses über a) ein Gesuch, Ausdehnung der **Gewichtsgrenze für einfache Briefe** auf 20 g betr.; b) ein dergl., die **Frachtsätze für Wein** betr.; c) die von der Handelskammer zu **Thorn** mitgetheilte Vorstellung, den **directen Einsenbahnverkehr mit Rußland** betr.
5. Berichte des Meß-Ausschusses über a) die Eingabe von Meß-Interessenten der **Filz- und Schuhwaaren-Branche**, die **Rückverlegung der Herbstmesse** auf den **ursprünglichen Termin** betr.; b) die Petition von Angehörigen der **Leipziger Lederbranche**, die **Abhaltung der Herbst-Ledermesse** betr.
6. Bericht über eine Conferenz in **Halle**, den Einfluß des **projectirten Mittellandcanals** auf die Provinz Sachsen betr.

Hierauf nicht-öffentliche Sitzung.

Ausloosung der 4%. Anleihe der Handelskammer zu Leipzig.

Von unserer 4%igen Anleihe sind bei der notariell vollzogenen Ausloosung die Nummern

123, 565, 746, 758

gezogen worden.

Dieselben werden den Inhabern mit der Aufforderung gekündigt, den Capitalbetrag gegen Rückgabe der Schuldverschreibung und der dazu gehörigen Zinsleiste bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt hier am 31. December d. J. in Empfang zu nehmen.

Leipzig, 1. September 1895.

Die Handelskammer.
In Stellv.: Boissenge. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung, Beschleunigung der Entladung sowie Beladung der Güterwagen betr.

Von der Königlichen Eisenbahn-Direction zu **Halle a. d. Saale** sind wir ersucht worden, die an der Wagengestellung Betheiligten darauf aufmerksam zu machen, daß die im allgemeinen Interesse erwünschte Beschleunigung des Wagen-Umlaufs durch schnelle Ent- und Beladung der Wagen wesentlich gefördert werden könne. Indem wir dies zur Kenntniß der Interessenten bringen, weisen wir noch darauf hin, daß die Unterstützung der Eisenbahn-Verwaltung nach dieser Richtung geeignet ist, einem etwaigen Wagenmangel und den daraus für den Verkehr sich ergebenden Unzuträglichkeiten wirksam vorzubeugen.

Leipzig, den 24. September 1895.

Die Handelskammer.
K. Thieme, Vorsitzender. Dr. Pohle, S.

Sonnabend, den 28. September cr., von Vormittags 10 Uhr ab, soll im Geschäftszimmer des Proviantamtes zu Leipzig, Pleißenburg, Thurmhaus, 2. Stock, eine **Partie Roggenkleie, Fußmehl, altes Bettstroh** ꝛc. öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung verkauft werden.

Leipzig, am 23. September 1895.

Königliches Proviantamt.

Die braunschweigische Thronfrage.

Ω. Die „Braunschweig. Landeszeitung" regt wieder einmal die angebliche „Thronfolgefrage in Braunschweig" an. Sie wiederholt die schon mehrfach verbreitete Nachricht, der Herzog von Cumberland beabsichtige, seinen bald fünfzehnjährigen Ältesten Sohn, den Prinzen Georg Wilhelm, als den Thronerben von Braunschweig, auf eine deutsche Lehranstalt zu senden und ihm dort eine nationale deutsche Erziehung geben zu lassen, und berichtet dann über die Gründe, die diesen Vorsatz bisher nicht zur Ausführung haben kommen lassen, das Folgende:

„Zuerst war Dresden für diesen Zweck ins Auge gefaßt worden. Der Umstand indessen, daß in der sächsischen Hauptstadt das Intransigententhum der hannoverschen Welfen sein Hauptquartier aufgeschlagen, welches die Anwesenheit eines Enkels des Königs von Hannover zu neuen Parteiumtrieben reizen könnte, erschien dem König von Sachsen bedenklich genug, um dem Herzog von Cumberland freundschaftlich abzuwinken. In Gmunden trat man darauf dem Gedanken näher, den Prinzen auf das Gymnasium in Lübeck zu senden und ihn dann eine deutsche Universität besuchen zu lassen. Wenn dieser Plan heute noch nicht zur Ausführung gelangt ist, so trägt daran, wie uns von einem in die Gmundener Verhältnisse Eingeweihten versichert wird, nicht etwa die Abneigung des Herzogs von Cumberland die Schuld, sondern ein rein persönliches Gefühl, die Anhänglichkeit des Vaters, der den Sohn noch nicht aus dem elterlichen Hause geben will. Unser Gewährsmann hält es aber für zweifellos, daß über kurz oder lang der Herzog sich zu der Trennung verstehen wird; die Einflüsse, die den Stein ins Rollen gebracht, dürften sich auch in der Folge mächtig genug erweisen, um das Begonnene zu vollenden. Die Herzogin von Cumberland und deren Schwiegermutter, die Königin von Hannover, haben es längst aufgegeben, die Unversöhnlichen zu spielen; sie haben gelernt, mit den Verhältnissen zu rechnen, und setzen alle Hebel in Bewegung, ihrem Sohne bezw. Enkel den Weg nach Braunschweig zu ebnen."

Trotz dieser Versicherung fährt die „Braunschw. Landeszeitung" fort, es sei „nöthig, daß von Gmunden aus, und zwar möglichst bald, der Bann gebrochen wird, welcher dem Enkel des Königs von Hannover den Weg auf den braunschweigischen Herzogsthron versperrt." Denn:

„ein Provisorium, wie es gegenwärtig besteht, ist auf die Dauer ebenso unbequem für die Regierung, wie für das Volk. Ein Regent kann sich niemals so frei bewegen, wie der wirkliche Souverain, und es liegt in der Natur der Dinge, daß er auch nicht dasselbe Interesse, wie jener, an der Regierung des Landes nimmt, wenn dasselbe, wie im vorliegenden Fall, nur vorübergehend seiner Sorge anvertraut und mit ihm und seiner Familie durch kein inneres Band verknüpft ist. Diesen unsicheren Zustande ein Ende zu machen und durch Einsetzung des berechtigten Thronerben eine definitiv gesicherte staatsrechtliche Ordnung herzustellen, ist der in immer weiteren Kreisen hervortretende Wunsch unserer Bevölkerung. Der Uebergang der Regierung auf den Sohn des Herzogs von Cumberland würde auch nach einer andern Seite hin wohlthätig wirken: für die welfisch-hannoversche Agitation der Rechtsparteiler fiele dann jeder Anhaltspunct weg."

Diese Erörterung giebt nach mehr als einer Richtung hin zu rathen auf. Man weiß nicht nur nicht, von wem das Blatt informirt ist, sondern erkennt auch nicht klar, wie es den gegenwärtigen Stand der Dinge angesehen wissen will. Es wird gesagt, die in Gmunden herrschende Stimmung sei derart, daß der im fünfzehnten Lebensjahre stehende älteste Sohn des Herzogs von Cumberland „in Bälde" eine deutsche Lehranstalt beziehen und damit den ersten Schritt zu dem „beginnenden Ausgleich" thun werde, der ihn am Tage seiner Großjährigkeit, also im Jahre 1898, auf den braunschweigischen Thron führen werde. Dann aber wird „Gmunden" beschworen, diesen ersten Schritt „und zwar möglichst bald" thun zu lassen. Der Verfasser des Artikels scheint also die Gewißheit, daß der Herzog von Cumberland die Voraussetzungen, unter denen seinem Sohne nach des Verfassers Meinung der Thron sicher wäre (außer dem Besuch einer deutschen Lehranstalt Eintritt in die preußische Armee und Anerkennung des Besitzstandes aller deutschen Bundesstaaten vor Uebernahme der Herrschaft) eintreten zu lassen entschlossen sei, nicht so sehr selbst zu besitzen, als er sie dem Leser einflößen will. Jedenfalls soll auf den Herzog im Sinne der Ermöglichung der Thronbesteigung eingewirkt werden.

Die Frage ist aber: von wem geht dieser Versuch der Beeinflussung in einem durchaus national gesinnten deutschen Blatte aus? Die „Landeszeitung" sagt, ihre Landsleute wünschten ein definitives Regiment. Das thun sie allerdings und zwar hauptsächlich deshalb, weil das provisorische es nicht verstanden hat, volksthümlich zu werden. Ob die Braunschweiger als ihr künftiges Herrscherhaus nur das welfische sich vorzustellen vermögen, bleibe dahingestellt, jedenfalls aber ist es ausgeschlossen, daß es die Stimme der Bevölkerung sei, die in der „Landeszeitung" den widerstrebenden oder schwankenden Herzog von Cumberland drängt, sie mit der Herrschaft seines Sohnes zu beglücken. Das ist, von manchem anderen hierher Gehörigen abgesehen, nicht niedersächsische Art. Nun geht die Darstellung der „Landeszeitung" von der angeblichen Thatsache aus, daß die Mutter und die Großmutter des Prinzen Georg Wilhelm ihre „ganze weibliche Beredtsamkeit" aufgeboten hätten, um den Herzog von Cumberland zu Entschlüssen zu bestimmen, welche seinem Sohne den Weg zum Throne ebnen könnten. Auf dieser Seite tritt also das Interesse an dem von der „Braunschweigischen Landeszeitung" Ausgeführten klar zu Tage. Aber Niemand wird deswegen der Vermuthung Raum geben, man könnte es in dem Braunschweiger Zeitungsartikel mit einem von den hohen Damen gewünschten Succurs für ihre Ueberredungsbemühungen zu thun haben. Noch weiter muß man aber die Annahme von sich weisen, außerhalb Braunschweigs befände sich in Deutschland eine Stelle, die dem in einer durch die welfische Agitation wirksam werdenden Gegnerschaft gegen das deutsche Reich verharrenden Herzog von Cumberland „gut zureden" möchte, auf daß er sein Haus in die Reihe der regierenden Häuser eben dieses deutschen Reiches eintreten lasse.

Die „Landeszeitung" sagt zwar, die Gelegenheit, das letzte der noch im Groll mit Preußen liegenden depossedirten Fürstenhäuser zu versöhnen, würde (in Berlin) sicher ergriffen werden. Das wäre etwas Anderes, als wenn in Berlin die „Gelegenheit" gesucht würde; aber daß das Blatt hinsichtlich seiner engeren Behauptung nicht den Anspruch erheben darf, die Berliner Auffassung und Absichten zu kennen, ergiebt sich aus seiner Ausdrucksweise. Preußen hat den Herzog von Cumberland nicht zu versöhnen, sondern dieser hat, wenn eine Aenderung des Verhältnisses eintreten soll, einem Prätendententhume zu entsagen, das in dem natürlichen Rechtsgefühl ebensowenig eine Erklärung findet, wie in dem bestehenden klaren Recht. Das Ende des Prätendententhums wäre aber in dem Verzicht des Herzogs zu finden, nicht in dem seines Sohnes. Mit diesem letzteren — um den Preis des Herzogthums Braunschweig geleisteten — Verzicht wäre in Deutschland nichts zum Besseren, Vieles zum Schlimmeren gewendet. Mit der Einsetzung eines welfischen Regimentes in einem Grenzland Hannovers würde für die welfische Agitation in dieser preußischen Provinz ein Heerd gebaut, dessen Feuer nie erlöschen würde. Wenn auch, was undenkbar ist, ein Jahr, auf dem Gymnasium zu Lübeck und ein weiteres auf einer deutschen Universität zugebracht, die Vorstellungen, mit denen Prinz Georg Wilhelm erfüllt worden ist, mit Stumpf und Stiel ausrotten würden, der Braunschweiger Hof wäre unter seiner Herrschaft dennoch der Mittelpunct der welfischen Agitation. Und überdies wird der Eintritt dieses Prinzen in die Reihe der Bundesfürsten gar keine Sicherheit gegen die Aufrechterhaltung der Ansprüche seines Hauses auf Hannover gewähren. Der Prinz verzichtet für seine Person, sein Vater sieht sich, wie die „Braunschw. Landesztg." zu betonen für gut findet, an der Abgabe von Erklärungen, d. h. am Verzicht, verhindert. Wie nun, wenn dieser nach der Thronbesteigung seines ältesten Sohnes, unter Aenderung des Hausrechts, dem zweiten Sohn als seinem „Erben" die hannoverschen Ansprüche überträgt? die Welfenpartei in Hannover würde die Anerkennung der „Legitimität" des jüngeren Prinzen nicht verweigern und die Sache stände auf dem Puncte, auf dem sie jetzt steht.

Nicht einmal für Braunschweig könnte man von einer definitiven Regelung sprechen, denn wenn Prinz Georg Wilhelm als Herzog ohne Leibeserben stürbe, hätte man abermals mit der Braunschweiger Thronkandidatur eines hannoverschen Prätendenten zu rechnen. Ohne den Verzicht des Herzogs von Cumberland wäre die Zulassung seines Sohnes auf dem Braunschweiger Thron schädlich und mit dem Verzicht nicht notwendig, um in dem Herzogthum ein Definitivum zu schaffen. Jedenfalls haben Deutsche keinen Grund, die Bemühung der dänischen Königstochter bei dem „grollenden" Chef des Welfenhauses zu unterstützen.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 24. September. Wenn man in Frankreich wirklich die Absicht hätte, sich wahrheitsgemäß über die Urheber des Krieges vom 1870 zu unterrichten, so brauchte man nur den officiellen Bericht zu lesen, den Herr Thiers, der damalige Präsident der Republik, am 17. September 1871 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erstattet hat. Der Präsident der französischen Republik sagte darin:

„Unglücklicherweise gab es am kaiserlichen Hofe hitzige Leute, die nicht leiden konnten, daß man den Schlag von Sadowa hinnehme. Die Kaiserin, so versicherte man, sagte oft, wenn sie von ihrem Sohne sprach: „Dieses Kind wird nicht auf den Thron kommen, wenn man die Scharte von Sadowa nicht auswetzt." Jedenfalls waren die reinen Bonapartisten die einzigen, die den Krieg wollten, weil sie sahen, daß die Dynastie seit Sadowa beträchtlich an Boden verloren hatte, und weil sie selbst in ihren Wahlkreisen nicht mehr den früheren Einfluß hatten, kurz, weil Frankreich daran war, ihnen aus den Händen zu gleiten. Deshalb hörte man sie auch alle ohne Unterlaß sagen, bei der nächsten Gelegenheit müsse Sadowa wett gemacht werden. Plötzlich ereigneten sich Dinge, die ich nicht persönlich erlebt habe, die ich aber so genau kenne, als ob ich sie mit eigenen Augen gesehen hätte, denn einige habe ich thatsächlich mit angesehen, andere weiß ich von den hervorragendsten Persönlichkeiten Europas, Fürsten und Ministern, die sie mir erzählt haben, indem sie sich durch Das, was ich wußte, und mich durch Das, was sie wußten, unterrichteten. Als man dem Prinzen von Hohenzollern die Krone Spaniens anbot, herrschte in Madrid große Unzufriedenheit gegen die französische Regierung, weil sie die Familie Orleans, die am meisten berufen schien, die Königin Isabella zu ersetzen, mit ihrem Veto belegt hatte. General Prim, dem die Bonaparte eine ihm so bequeme Wahl durchkreuzt hatten, rächte sich damit, daß er ihnen eine deutsche Candidatur auf der Halbinsel eindrockte. Alle Welt fragte sich damals, weshalb Prim die so leichte Wahl des Herzogs von Montpensier nicht betrieb; der wahre Grund war der in Paris vom Haupte der kaiserlichen Dynastie erhobene Einspruch. So verdanken wir dem Hause Bonaparte nicht nur einen verhängnißvollen Krieg, sondern auch die Ursache zu diesem Kriege, denn indem es in dynastischem Interesse die Candidatur Montpensier hinauftrieb, hatte es, ohne sich dessen bewußt zu werden, die Candidatur Hohenzollern heraufbeschworen . . . Die Regierung forderte sofort, fast ohne jede Erklärung, Preußen auf, von der Candidatur Hohenzollern abzustehen, genauso, wie man den Handschuh einem Manne ins Gesicht wirft, den man zum Zweikampf zwingen will . . . . Die Urheber dieses schrecklichen Krieges suchen sich heute zu entschuldigen, indem sie sagen, Preußen habe den Krieg gewollt, ihn von langer Hand vorbereitet und aus alledem nur eine Gelegenheit gemacht, um in den Kampf einzutreten. Ich behaupte, nachdem ich Gelegenheit gehabt, mir über diese Dinge vollständige Klarheit zu verschaffen, daß das eine reine Lüge ist."

Sollte nicht den in den letzten Tagen ans Licht gezogenen Beweisen gegenüber auch der Herr Prof. Lavisse der Wahrheit die Ehre geben und beschämt bekennen, daß er mit seiner bekannten Kundgebung ein Spiel getrieben hat, das eines angesehenen Geschichtsforschers unwürdig war und nur den Pariser Hetzblättern zur Genugthuung gereichen konnte? Von unsern Socialdemokraten erwarten wir solche Ehrlichkeit freilich nicht. Es liegt in ihrem Interesse, Frankreich als von Deutschland schnöde überfallen hinzustellen, und ihr Interesse ist ihr Gott.

△ **Berlin**, 24. September. Der Freisinn hat bei der Wahl in Großwartenberg-Oels eine Einbuße von über 2200 Stimmen gegen die Hauptwahlen von 1893 zu verzeichnen, was einen Rückgang auf die Hälfte des früheren Besitzstandes bedeutet. Da der Candidat diesmal der freisinnigen Volkspartei angehörte, so ist es an der freisinnigen Vereinigung, zu versichern, sie würde ein besseres Ergebniß erzielt haben. Ein Berliner Blatt, das sich dem rechten Flügel des Freisinns so nahe zu halten pflegt, als es die Rücksicht auf die Eigenart des Führers des linken zu gestatten scheint, „vermuthet" wenigstens, daß die „gemäßigtere Richtung" des Freisinns in Großwartenberg-Oels den breiteren Boden habe. Der Candidat, der vor zwei Jahren doppelt so viel Stimmen auf sich vereinigt habe, als diesmal Herr Doormann, sei ein Mitglied der Vereinigung gewesen. Dieser Vermuthung liegt dieselbe Täuschung zu Grunde, die für die Politik des Freisinns heiter Observanzen bestimmend ist. Im Jahre 1893 beherrschte eine Frage die Wahlen: Steigerung der deutschen Wehrfähigkeit auf die Höhe der französischen oder Zurückbleiben der Kriegsstärke selbst hinter der einen der beiden Deutschland flankirenden Mächte. Die freisinnige Vereinigung beantwortete diese Frage in Uebereinstimmung mit den anderen im Wahlkreise in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien, und deshalb vermochte ihr Candidat die Wähler an sich zu ziehen, denen es erwünscht war, für die Heeresvorlage votiren zu können, ohne einem der fortgeschrittensten Agrarier ihre Stimme geben zu müssen. Aber das Gewicht dieser nationalen Angelegenheit war es allein gewesen, was die Vereinigung vor einem Mißerfolg von dem Umfang bewahrte, wie ihn jetzt die Volkspartei zu beklagen hat. Ihre sonstige Politik hätte ebensowenig Anziehungskraft ausgeübt, wie die der Volkspartei, mit der sie die volle Verständnißlosigkeit für die wirthschaftlichen Aufgaben der Gegenwart theilt. Einen Punct giebt es allenfalls noch, außer der Wehrfrage, an dem die Kreise, auf die der Freisinn sonst zählen durfte, einen Unterschied zwischen freisinniger Vereinigung und Volkspartei bemerken könnten: die Stellungnahme zu dem immer weiter vorwärts drängenden Ultramontanismus. Aber auch hierin weichen die beiden Flügel mehr in der Phraseologie, als in der Sache ab. Wir bezweifeln nicht, daß dem volksparteilichen Candidaten in Wartenburg-Oels seine Erklärung für die Wiederzulassung des Jesuitenordens geschadet hat, aber Herr Dr. Barth, das geistige Oberhaupt der Vereinigung, hat im Reichstage in demselben Sinne gestimmt, ein von ihm empfohlener Candidat hätte also wohl auch nach dieser Richtung hin keinen „breiteren Boden" gefunden, als der unterlegene Parteigenosse des Herrn Richter.

Y. **Berlin**, 24. September. (Telegramm.) Der **Kaiser** unternahm gestern früh einen Pürschgang und kehrte im Laufe des Vormittags nach dem Jagdhause Rominten zurück.

B. **Berlin**, 24. September. (Privattelegramm.) Wie ein Privattelegramm der „Nat.-Ztg." aus Königsberg berichtet, wird der „Königsb. Allg. Ztg." aus Rominten gemeldet, ein **Besuch des Zaren** dort sei nicht ausgeschlossen. Damit sei auch die gemeinsame Reise des Kaisers und des Kanzlers nach Berlin und der Zusammenzug größerer Militärdetachements in Rominten in Zusammenhang zu bringen. Das Königsberger Blatt gebe die uncontrolirbare Mittheilung wieder, ohne eine Verantwortung für die Richtigkeit zu übernehmen. Die „Nat.-Ztg." hält sie für zweifellos unrichtig.

= **Berlin**, 24. September. (Telegramm.) Das „Marine-Verordnungsblatt" veröffentlicht die kaiserliche Ordre, wonach zur örtlichen Wahrnehmung der Interessen der bewaffneten Macht an der militairischen Benutzung des **Kaiser-Wilhelm-Canals** ein Seeofficier als Marine-Commissar einzusetzen ist.

= **Berlin**, 24. September. (Telegramm.) Der „Nordd. Allgem. Ztg." zufolge tritt der **Bundesraths-Ausschuß für Handel und Verkehr** morgen zu einer Sitzung zusammen. Auch der Justiz-Ausschuß wird demnächst seine Berathungen wieder aufnehmen.

— Das „Triumvirat Hammerstein-Stöcker-Zimmermann", so äußerte Abgeordneter Dr. Böckel in einer Berliner Versammlung der antisemitischen Volkspartei, sei noch schlechter als die Juden, die wenigstens ihre eigenen Stammesgenossen nicht betrügen. Wenn sich solche Charaktere in der Politik breit machten, könne das Volk natürlich kein Vertrauen mehr hegen. Dieses Intrigantenthum sei zehnmal gefährlicher als alle Socialdemokraten und Anarchisten, ja er behaupte, Hammerstein und Consorten seien die wahren Anarchisten und echten Jacobiner. Insbesondere meinte Böckel nach der „Freis. Ztg.", im persönlichen Verkehr sei Stöcker verbindlich und aalglatt, hinterrücks aber falle er den Gegner an. Das bewiesen die Stöckerbriefe zur Genüge. So habe die Clique Hammerstein-Stöcker Jahre lang mit unlauteren Mitteln gearbeitet. Die Socialdemokratie diene ihr als Schreckgespenst, so daß zwischen Fürst und Volk die Gegensätze sich immer mehr zuspitzten. Stöcker sei auch einer von Denen, die anders reden und schreiben, als sie handeln und denken. — So endet also die antisemitische Agitation, welche Stöcker seinerzeit in Berlin einleitete, mit Versammlungen der Antisemiten, in denen vorzugsweise derselbe Herr Stöcker heruntergemacht wird.

— Die „Germania" regt sich über eine Nachricht auf, nach der deutsche Freimaurerlogen aus Anlaß der Enthüllung des Garibaldi-Denkmals den italienischen Freimaurern gegenüber ihre Zustimmung kundgegeben haben sollen. Das ultramontane Blatt empfiehlt in seiner Entrüstung die Freimaurer den Staatsbehörden, da man ja nun deutlich sehe, daß die Logen sich, was sie sonst immer leugneten, mit Politik befaßten. Dieser Wuthartikel findet sich auf der ersten Seite, auf der dritten erzählt die „Germ." von „Protestkundgebungen der Berliner Katholiken gegen die Vergewaltigung des heiligen Vaters". Darnach hat der Gesellige St. Matthiasverein in einem Telegramm an den Staatssecretair Cardinal Rampolla dem Papste die Zusicherung seiner unwandelbaren Liebe und Treue zu Füßen gelegt, und der Katholische Gesellenverein „protestirt einmüthig" (gleichfalls in einem Telegramm an Rampolla) „gegen die Sr. Heiligkeit zugefügten Unbilden und erfleht inbrünstig den baldigen Sieg des Rechts". Wir würden aus dem Telegramm des Geselligen St. Matthiasvereins keine Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung des Papstes herauslesen, die „Germ." muß es aber besser wissen. Nach ihrer eigenen Darstellung beschäftigte sich also der Gesellige St. Matthiasverein und der Katholische Gesellenverein mit Politik, obwohl sie doch nicht als politische Vereine gelten wollen. Was würde wohl — fragt die „Magdeb. Ztg." — die „Germ." sagen, wenn Jemand diese beiden Vereine in gleicher Weise der Fürsorge der Regierung oder der Polizei empfehlen wollte, wie sie es mit den Freimaurerlogen thut?

— Der „Frankf. Ztg." wird aus Innsbruck telegraphirt: „Nach den „Neuen Tiroler Stimmen" erging an die hiesige Staatsanwaltschaft der Auftrag, den Freiherrn v. Hammerstein zu verhaften. Offenbar geschah das schon vor einigen Tagen".

— Die Dauer des hiesigen Aufenthaltes des russischen Finanzministers Witte, der nicht geschäftlichen Abmachungen gewidmet ist, wird, wie der „Börs.-Cour." meldet, von den ärztlichen Rathschlägen abhängen.

* **Glücksburg**, 24. September. (Telegramm.) Die Kaiserin ist in Begleitung des Herzogs Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg heute Vormittag gegen 11 Uhr hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von der Herzogin Caroline Mathilde empfangen worden. Die Kaiserin begab sich, von einer zahlreichen Menschenmenge begeistert begrüßt, durch den im Flaggenschmuck prangenden Flecken nach dem Schlosse. Zu Ehren der Kaiserin finden Abends Festbeleuchtung und Feuerwerk statt.

* **Hannover**, 22. September. Die Welfen feiern heute den 50. Geburtstag des Herzogs von Cumberland mit den üblichen Reden und Festlichkeiten. Das hiesige Welfenblatt bringt dem Herzog mit der Ueberschrift „Heil unserm Herzog Heil!" einen schwungvollen Glückwunsch: „Dem allergnädigsten Herzog, der sein Volk nicht im Stiche läßt und

SLUB
Wir führen Wissen.